

organisierte Korruption, öffentliche Unmoral, schamlose Ausbeutung junger Mädchen durch Lehrer und Verwaltungsbeamte, Fälschung von Diplomen und ähnliches mehr (NCNS, 4. 8. 77).

Laut Vertrag vom Februar werden die Schulen Eigentum der Regierung bleiben, Lehrer und Schüler haben sich jedoch nach christlichen Grundsätzen zu richten, die der Staat anerkennt. Religionsunterricht oder Moralunterricht kann auf Wunsch des Erziehungsberechtigten gewählt werden. Von „Mobutismus“ als Religionsersatz ist also nicht mehr die Rede. Den Kirchen ist es freigestellt, zusätzlich zu dem staatlichen und verbindlichen Lehrplan Fakultativkurse und besondere Erziehungsprogramme aufzunehmen (Artikel XI). Angesichts dieser klaren Vertragsklausel überraschte es, daß der Bischof von Tshumbe und Präsident der Bischofskonferenz, *Albert Yungen*, auf der Bischofssynode in Rom darauf hinwies, daß in seinem Land die Katechese nicht mehr auf die klassischen Mittel des Apostolats wie Schule, Presse und Radio zurückgreifen könne. Statt dessen nehme der Gottesdienst die zentrale Stellung für die Glaubensunterweisung ein (KNA, 6. 10. 77).

Zu Beginn des Schuljahres 1977/78, Anfang Oktober, womit zugleich die erneuerte kirchliche Verantwortung für die Schulen begann, veröffentlichten die Vertreter der Kirchen von Lubumbashi einen gemeinsamen Brief an alle Christen und Menschen guten Willens in ihrer Region, in dem die Entscheidung gewürdigt und begründet wird (DIA, 6. 10. 77). Die Bedeutung des Schulwesens wird darin besonders unterstrichen. Zur aktuellen Situation heißt es, intellektuell, moralisch und religiös sei das Niveau mittlerweile so niedrig, daß dies eine Herausforderung an alle, insbesondere aber an die Kirche darstelle. Resignation angesichts des Dilemmas dürfe nicht vorherrschen. Doch sei auch von kirchlicher Seite jetzt nicht allzuviel zu erreichen, wenn man sich nicht eingestehe, in der Vergangenheit selbst Fehlern und Irrtümern verfallen gewesen zu sein. Man habe zu sehr an die Bedeutung eines Diploms gedacht und dabei vergessen, daß es in erster Linie auf die Bildung von Menschen und Christen ankomme. Auch das lange Schweigen der Kirche angesichts von Mißbrauch und Verfall der Schulen könne nicht wegdiskutiert wer-

den. In Zukunft werde es darauf ankommen, diese Fehler zu vermeiden und die Eltern mehr in den gesamten Erziehungsprozeß einzubeziehen. Wichtig sei ferner, den eingeschlagenen Weg ökumenischer Zusammenarbeit konsequent auch auf anderen Gebieten fortzusetzen.

In den Kirchen ist die neue Aufgabe keineswegs nur mit Zustimmung begrüßt worden. Nicht zu übersehen waren die Stimmen, die es für wichtiger hielten, den finanziellen und personellen Einsatz auf andere Schwerpunkte der Evangelisierung und Entwicklung zu legen. Sicherlich übernehmen die Kirchen eine schwere Bürde, die viele Kräfte binden wird. Dennoch haben sie sich für das Engagement entschieden, weil ihre Klagen über das Chaos und den moralischen Verfall sonst unglaublich erscheinen müßten. Schwierig wurde die Entscheidung auch dadurch, daß insgesamt von einer religiösen Krise gesprochen werden kann, zu deren Beseitigung mehr denn je Seelsorger benötigt werden. So ist ein rapider Rückgang christlicher Eheschließungen und von Kindertaufen zu verzeichnen (DIA, 22. 6. 77), und wegen des Priestermangels mußte man ja schon auf das Experiment der „bakambi“, d. h. von Laien als Gemeindeleiter, zurückgreifen. In Zukunft will sich die katholische Kirche neben dem Einsatz in der Schule in erster Linie der Familienpastoral widmen, da die Bischöfe davon ausgehen, es gehe heute schon nicht mehr darum, die Familie zu fördern, sondern sie zu retten. Viele dieser Aufgaben wird die Kirche nur erfüllen können, wenn sie weiterhin ungehindert arbeiten darf, wie sich dies in den letzten Monaten allmählich entwickelt hat nach einer längeren Zeit der Beschränkung und Einengung. Der Sekretär der Bischofskonferenz von Zaïre, *Monsengwo Pasinga*, äußerte Anfang September in Aachen die Ansicht, in Zaïre habe sich nach den starken Spannungen der letzten Jahre „die Großwetterlage“ für die Kirche jetzt merklich gebessert. Staat und Kirche hätten vereinbart, künftig von jeder unnötigen Polemik Abstand zu nehmen und ihre Kräfte gemeinsam für das Volk einzusetzen. Dieser vorläufige Schlußstrich unter ein wenig erfreuliches Kapitel der Geschichte gibt Anlaß zur Hoffnung, daß auch anderswo eines Tages der radikale Konfrontationskurs durch Kooperation abgelöst wird. *Norbert Sommer*

Kurzinformationen

Am 30. September hat die Bischofssynode in Rom ihre Arbeit aufgenommen. Die diesjährige fünfte Vollversammlung der Synode steht unter dem Thema „Die Katechese in unserer Zeit, unter besonderer Berücksichtigung der Katechese für Kinder und Jugendliche“ (vgl. den Vorbericht in: HK, Oktober 1977, 490ff.). In seiner Ansprache bei der Eröffnungssitzung erklärte Papst *Paul VI.*, die Verbindung und die Zusammenarbeit des Papstes mit den Bischöfen der ganzen Welt sei stärker und enger

geworden. „Wir kennen und verstehen besser die Situation der verschiedenen Ortskirchen.“ Die Synode bezeichnete der Papst als „außerordentlich geeignetes Instrument zur besseren Kenntnis der verschiedenen Situationen der Ortskirchen und zur Förderung einer intensiveren Zusammenarbeit und einer engeren Verbindung mit der römischen Kirche“. Der Gegenstand der diesjährigen Beratungen sei „eine Sache von großem Gewicht für die Kirche in ihrer Tätigkeit in der Welt von heute“. Den Bericht

über die Entwicklung der Lage der Kirche seit der letzten Bischofssynode im Jahr 1974 gab der Paderborner Erzbischof *Johannes-Joachim Degenhardt*. Darin wies er u. a. auf die Bewegung um Erzbischof Lefebvre hin, die die Gefahr eines Schismas heraufbeschworen habe. Man müsse die Anliegen solcher Christen verstärkt berücksichtigen, die kein Schisma wollen, aber mit der nachkonziliaren Entwicklung unzufrieden sind. Als gesamt-kirchlich besonders virulent bezeichnete Degenhardt die Gefahren, die der Kirche durch die Unterdrückung seitens atheistischer Regime drohen, aber auch diejenigen, in denen der Glaube bei der Konfrontation mit der fortschreitenden Verweltlichung der westlichen Industriegesellschaften steht. Eine Einführung in die thematische Arbeit gab der brasilianische Kardinal *Aloisio Lorscheider* (Fortaleza). Im Anschluß daran begann die Aussprache im Plenum, bei der zahlreiche Bischöfe – als erster der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal *Josef Höffner* – intervenierten. Am 8. Oktober teilte man sich dann in 11 Sprachgruppen (je drei englische und spanisch-portugiesische, zwei französische und je eine lateinische, italienische und deutsche). In den Interventionen im Plenum war bereits deutlich geworden, wo die Schwerpunkte der gesamten Synodendebatten liegen: 1. bei der Bestandsaufnahme über die faktische Situation der Katechese (die vielfach – nicht nur im Ostblock, sondern auch in der Dritten Welt – durch Unterdrückung gekennzeichnet ist); 2. bei der Aufgabe, die christliche Botschaft in der Katechese unverkürzt zu vermitteln, und 3. bei der Suche nach Möglichkeiten, wie man die Jugend damit erreichen kann. Eine besondere Rolle spielt dabei, besonders in Entwicklungsländern, das Verhältnis von Glaubensunterweisung und *promotio humana*. (Wir kommen auf den Gesamtverlauf der Synode im nächsten Heft ausführlich zurück.)

Die Vergabe der Friedensnobelpreise 1976 und 1977 an die irischen Friedenskämpferinnen und an die Gefangenenhilfsorganisation „Amnesty International“ hat auch in kirchlichen Kreisen ein sehr positives Echo gefunden. Bischof *Heinrich Tenhumberg* von Münster übermittelte als Vorsitzender des Katholischen Arbeitskreises Entwicklung und Frieden in einem Telegramm an Amnesty International den Preisträgern seine Glückwünsche. Die Organisation habe Tausenden von Menschen, die wegen ihrer politischen und religiösen Überzeugung inhaftiert und gefoltert wurden, neue Hoffnung gegeben. Die Verleihung des Preises solle die Organisation bestärken, „auch weiterhin für die Wahrung der Menschenrechte einzutreten, gleich in welchem Lande“. In der Würdigung des vom norwegischen Parlament gewählten Nobelkomitees hatte es geheißen, die Organisation habe durch die Verteidigung menschlicher Werte gegen Erniedrigung, Gewalt und Folter dazu beigetragen, die Grundlage für Freiheit, Recht und damit für den internationalen Frieden zu sichern. In einer Welt von wachsender Brutalität, von Terrorismus und Folterung und angesichts der Internationalisierung der Gewalt habe Amnesty International seine ganze Kraft zum Schutz menschlicher Werte eingesetzt. In seiner Botschaft an die irische Friedensbewegung der Frauen übermittelte Bischof Tenhumberg die „Anerkennung und Mitfreude“ der Kommission *Justitia et Pax* in der Bundesrepublik. Das Beispiel der irischen Friedensinitiative habe ungezählten Protestanten und Katholiken den Mut gegeben, Extremisten die Stirn zu bieten: „Das Wirken der irischen Frauen bleibt ein unübersehbares Zeichen, dem Wahnsinn des seit nunmehr acht Jahren währenden blutigen Konflikts ein Ende zu setzen.“ In kirchlichen Kreisen Nordirlands wurde es mit besonderer Genugtuung aufgenommen, daß *Betty Williams* zu ihrer Auszeichnung bemerkte: „Die Friedens-

bewegung ist erst seit 14 Monaten am Werk, andere aber arbeiten schon seit Jahren.“ Für eine dieser älteren nordirischen Versöhnungsgruppen, die ökumenische „Corrymeela-Community“, erklärte deren Leiter, Pfarrer *Ray Davey* aus Belfast, er freue sich mit den beiden Preisträgerinnen. Aber man tue ihnen gewiß nicht Unrecht, wenn man zugleich feststelle, daß sie die Auszeichnung zu einem Zeitpunkt erhielten, da der Kampf um den Frieden noch nicht gewonnen sei (epd, 12.10.77). Sekretär *William J. Arlow* vom Irischen Kirchenrat in Belfast zeigte sich „glücklich, daß endlich einmal die Bemühungen um Frieden und nicht der Terror die Schlagzeilen über Nordirland beherrschen“. Für die Presbyterianer, die größte unter den nordirischen protestantischen Kirchen, erklärte Generalsekretär *A. Jack Weir*, diese Frauen hätten erreicht, daß die früheren einseitigen Urteile über Nordirland fragwürdig geworden seien und die Aufmerksamkeit sich nun mehr denn je auf jene Menschen richte, die mutig für die Wiederherstellung des Friedens eintreten. Der anglikanische Erzbischof *George O. Simms* (Armagh) schickte den beiden Preisträgerinnen ein Glückwunschtelegramm, in dem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Auszeichnung „eine neue Ermutigung für alle um Frieden und Versöhnung ringenden Individuen und Gruppen“ sein werde, die den „Bemühungen um Harmonie und gegenseitiges Verständnis“ Auftrieb gebe.

Mit dem Entwurf einer internationalen Konvention zum Schutz der Gefangenen wird die Schweizer Regierung aufgefordert, im Kampf gegen die Folter eine aktive Rolle zu spielen. Diese konkrete Aufforderung geht auf die parlamentarische Motion Schmid vom 17. Dezember 1970 zurück, mit der der Bundesrat eingeladen wird, „den Abschluß einer internationalen Konvention zum Schutz politischer Häftlinge in die Wege zu leiten“, und zu der das Institut Henri Dunant in Genf dem Bundesrat Bericht zu erstatten beauftragt wurde. In dem noch nicht veröffentlichten endgültigen Bericht wird eine Konvention vorgeschlagen, die auf eine Anregung des Genfer Juristen und Bankiers *Jean-Jacques Gautier* zurückgeht und mit der sich eine anfänglich begrenzte Anzahl von Staaten verpflichten würde, deren Einhaltung überwachen zu lassen. Nachdem dieser Bericht im März 1976 dem Eidgenössischen Politischen Departement abgeliefert worden war, beschloß im April 1976 die Hauptversammlung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) einstimmig, den *Konventionsentwurf* zu unterstützen. Vom Herbst 1976 an wurde zunächst in der französischsprachigen und kirchlichen Presse, dann aber in der ganzen Schweiz der Vorschlag Gautier erläutert und unterstützt. Im Februar 1977 unterstützten der Vizepräsident der Bischofskonferenz, der Präsident des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, der Bischof der altkatholischen Kirche sowie der Präsident der israelischen Gemeinschaft der Schweiz den Vorschlag in einem gemeinsamen Brief an den Bundesrat. Im Mai 1977 überprüfte und bereinigte eine *internationale Konferenz von Juristen* aus verschiedenen Ländern sowie Vertretern internationaler Organisationen (UNO, IKRK, Europarat, Amnesty International) den Konventionsentwurf, der Ende September der Presse übergeben wurde, obwohl die parlamentarische Behandlung der Motion Schmid wiederum verschoben wurde. Im Vergleich mit den bisherigen Anstrengungen im Kampf gegen die Folter liegt die Besonderheit dieses Konventionsentwurfes in Folgendem. 1. Kontrolle: Sobald eine Regierung über einen bevorstehenden Besuch informiert wurde, sind die Delegierten der Internationalen Überwachungskommission berechtigt, unter allen Umständen und ohne Vorankündigung alle Orte zu besuchen, wo Menschen gefangen gehalten oder verhört werden. Der besuchte Staat muß den

Delegierten unter anderem ein unbefristetes und unbeaufsichtigtes Gespräch mit den Inhaftierten ermöglichen. Falls Vorschläge zur Verbesserung des Schutzes von Gefangenen von einer Regierung nicht verwirklicht werden, kann die *Überwachungskommission* ihre Feststellungen über Konventionsverletzungen veröffentlichen. 2. Anfänglich begrenzte Anzahl von Staaten: Grundsätzlich steht die Konvention allen Staaten offen; weil aber keine Kompromisse eingegangen werden sollen, soll die Konvention drei Monate nach der Ratifizierung durch drei Staaten in Kraft treten. 3. Die Stellung der Gefangenen soll verbessert werden, ohne daß eine Klage eingereicht werden muß (wie beispielsweise bei der Europäischen Menschenrechtskonvention). 4. Der Schutz der Konvention ist nicht auf politische Gefangene eingeschränkt, sondern gilt an allen Orten, unter allen Umständen und bei jeder Verhaftungsart (also auch Kriegsgefangenschaft). Kirchliche und humanitäre Kreise hoffen, daß dieser Vorschlag von den schweizerischen Behörden aufgenommen wird und auch ein internationales Echo findet.

Eine theologische Konsultation der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) hat Anfang Oktober in Sofia getagt. Eine Woche lang berieten über 80 Vertreter von 40 Kirchen aus 20 Ländern über das Thema „Wiederentdeckung der Gemeinschaft der Kirchen: Konziliarität – ein Weg nach vorn?“ (vgl. KNA-Ökumenische Information, 12.10.77). An der Konsultation der KEK, der die katholische Kirche nicht angehört, nahmen ein Beobachter des vatikanischen Einheitssekretariats und zwei Repräsentanten des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen, unter ihnen der Vorsitzende der Ökumene-Kommission der Deutschen Bischofskonferenz, Weihbischof *Paul-Werner Scheele*, teil. Eine Einigung über den ökumenischen Schlüsselbegriff der Konziliarität konnten die Delegierten noch nicht erzielen. Der Genfer Studiendirektor der KEK, Prof. *Gyula Nagy*, erklärte vor der Presse, man sei zwar „einige Schritte weitergekommen bei dem Bemühen, das gegenseitige Vertrauen und die Kooperation der Kirchen zu verstärken... Wir sehen aber, daß noch viele Probleme offen sind und noch viel getan werden muß, unser Thema zu verwirklichen“ (epd, 12.10.77). Der bulgarische Metropolit *Kalinik von Vratsa* hat die Bedeutung der Konziliarität als ökumenische Leitidee unterstrichen. Die weiterführende Diskussion über diesen Begriff könne ein wesentlicher Beitrag der Konsultation zur Entwicklung der ökumenischen Bewegung sein. Dieser Beitrag werde zu Recht von den Kirchen Europas erwartet, die früher eine entscheidende Rolle in dem Prozeß der Entfremdung und Trennung der christlichen Traditionen voneinander gespielt hätten. Es sei jetzt an ihnen, zur Wiederherstellung der Einheit der Kirchen beizutragen. Die Konsultation wandte sich mit *elf Empfehlungen* an die Kirchen Europas. Angesichts „der vielerorts bestehenden Unklarheit“ über die Bedeutung des Begriffs „Konziliarität“ wird der Konferenz Europäischer Kirchen u.a. empfohlen, in Abstimmung mit dem Weltkirchenrat Hilfen zum besseren Verständnis und zur Begriffsklärung zu erarbeiten. Allen Kirchen wird ferner nahegelegt, die Abendmahlspraxis in ihrer eigenen Tradition zu vertiefen und soweit wie möglich am Abendmahlsleben anderer Kirchen teilzunehmen. Angesichts der Tatsache, daß die Kirchen „aus Gründen der theologischen Tradition“ zögern, die konziliare Gemeinschaft zu verwirklichen, sei es wichtig, „den Grundlagen der Konziliarität in der Heiligen Schrift nachzugehen“, sie auf die gegenwärtige Situation zu beziehen und dadurch das einheitsbewußte Verhalten der Christen zu intensivieren und zu erneuern. In allen Ländern Europas sollen „Möglichkeiten der Begegnung der Konfessionen“ als konkreter Schritt zu einer

konziliaren Gemeinschaft geschaffen werden. Die europäischen Kirchen sollen ferner ihre bisherige Kirchengeschichtsschreibung überprüfen und in ökumenischer Perspektive neu darstellen. Alles kirchliche Unterrichtsmaterial solle im Sinne der Versöhnung überarbeitet werden. Die Kirchen werden schließlich aufgerufen, ihre Zusammenarbeit „im Dienst an Europa und an der Welt“ im sozialen Bereich und besonders in Sachen des Friedens und der Gerechtigkeit zu verstärken.

Der Primas der Church of England, Erzbischof Coggan von Canterbury, besuchte vom 23. bis 29. 9.77 Patriarch Pimen von Moskau. Bei der Ankündigung dieser Reise („Church Times“, 2.9.77) war es Dr. Coggan wie dem ihn begleitenden Bischof *Runcie* von St. Alban, Mitvorsitzender der anglikanisch-orthodoxen Glaubenskommission, klar, daß die Ausbreitung der Priesterweihe von Frauen in der Anglican Communion die Crux sein werde. Die Episkopalkirche in den USA war 1976 vorangegangen, die von Kanada gefolgt, ähnlich öffnete sich die Generalsynode der Kirche von Australien Ende August 1977 für die Priesterweihe von Frauen, so daß auf der Lambethkonferenz vom Juli 1978 mit einer Zustimmung der ganzen Anglican Communion gerechnet werden muß, für das ökumenische Gespräch ein tiefer Einschnitt. Noch vor dem Eintreffen von Erzbischof Coggan in Moskau gab „Church Times“ (16.9. und 23.9.77) bekannt, daß sich in den USA auf einer Konferenz in St. Louis am 16.9.77 eine Bruderschaft von anglikanischen Priestern und Laien aus den USA und Kanada gebildet hat, um eine „*Anglikanische Kirche von Nordamerika*“ zu gründen, die sich an die Tradition hält und die Priesterweihe von Frauen verwirft. „US schisma now a fact, not a future prospect“, hieß es nach dieser Tagung, die ohne Triumphalismus abließ mit 1750 Delegierten von Gemeinden und zahlreichen einzelnen. Bereits sind 25 Gemeinden abgesprungen und 100 weitere sollen folgen, also ein echtes Schisma in der Anglican Communion, dessen Bewältigung auf der Lambeth-Konferenz ansteht. In Moskau hat man diese bestürzende Entwicklung aufmerksam verfolgt. Das Kommuniké über die Verhandlungen zwischen Erzbischof Coggan und Patriarch Pimen („Church Times“ 30.9.77) brachte u.a. eine erneute Erklärung der Russisch-Orthodoxen Kirche, daß die Ordination von Frauen zum Priesteramt ein „unübersteigbares Hindernis“ für eine Vereinigung mit der Church of England darstellt. Trotzdem wurde der Austausch von Theologen vereinbart und auch über die Menschenrechte gesprochen. Aber am Sonntag, den 25.9., hielt der Primas von England den Gottesdienst nicht im Kloster Zagorsk, sondern in der Baptistenkirche von Moskau, wo er sich als „Evangelikaler“ mehr zu Hause fühlte. Vertreter des Moskauer Patriarchats wurden zur Lambethkonferenz eingeladen und nahmen die Einladung an. Im ganzen eher ein ökumenischer Mißklang, ähnlich dem Vorgehen des anglikanischen Primas bei seinem Besuch in Rom, wo er auf der Interkommunion bestand (HK, Juni 1977, 282f.).

Mit einem Pastoralplan und einer Dokumentation über den Propagandakrieg trat die katholische Kirche Rhodesiens an die Öffentlichkeit. Im Pastoralplan, der in der Bundesrepublik vom Internationalen Katholischen Missionswerk Missio in Aachen veröffentlicht wurde, räumt der Erzbischof von Salisbury und Vorsitzende der rhodesischen Bischofskonferenz, *Patrick Chakaipa*, der Ausbildung von einheimischen Priestern und von Laienführern für die Basisgemeinden „absolute Priorität“ ein. Es sei erfreulich zu sehen, wie sich die rhodesische Kirche in allen Bereichen ständig afrikanisiere. Gerade die Übernahme von ört-

lichen Gebräuchen und Kulturelementen in die Liturgie laufe dem Christentum nicht zuwider, sondern helfe, den christlichen Glauben zu vertiefen. Die politische Situation wird von Erzbischof Chakaipa als ernst bezeichnet. Vor allem in ländlichen Gegenden habe der Krieg hemmende und gefährliche Auswirkungen auf die Arbeit der Kirche. Da es in Rhodesien an einheimischem Klerus mangle und ausgewiesene oder ermordete Missionare kaum zu ersetzen seien, fordert der Pastoralplan einen beschleunigten Aufbau und eine verstärkte Förderung der Basisgemeinden. Trotz häufiger Versuche von Einschüchterung seien die Gotteshäuser in den schwarzen wie in den weißen Pfarreien gut besucht. „Der Krieg“, so heißt es in dem Dokument, „ist eine Prüfung, ein Test, der belegt, ob der Glaube in Afrika tiefe Wurzeln geschlagen hat.“ Der Präfekt der Apostolischen Präfektur Sinoia in Nordrhodesien, der aus Deutschland stammende Jesuit *Helmut Reckter*, äußerte fast gleichzeitig auf einer Pressekonferenz in Bonn die Ansicht, es drohe der „totale Krieg“, wenn die gegenwärtigen Versuche, noch „in letzter Minute“ eine friedliche Lösung in Rhodesien zu erzielen, scheitern sollten. Bei der Pressekonferenz des Katholischen Arbeitskreises Entwicklung und Frieden wurde die deutsche Fassung der von der rhodesischen Parallelorganisation erstellten Dokumentation „Rhodesien – ein Propaganda-Krieg“ vorgestellt. Die als Solida-

ritätsbekundung gedachte deutsche Veröffentlichung erhielt dadurch besondere Bedeutung, daß die weiße Minderheitenregierung nach Bekanntwerden der Dokumentation die gesamte Führungsspitze der Kommission verhaften ließ, um die Veröffentlichung zu verhindern. Immerhin kommen die Verfasser zu dem Ergebnis, daß Ausschreitungen gegenüber Zivilisten bei der Kriegführung der Sicherheitsstreitkräfte an der Tagesordnung sind. Außerdem findet sich in der Publikation eine scharfe Kritik an den Lebensbedingungen in den sogenannten Wehrdörfern, mit deren Hilfe die Regierung Smith die Bevölkerung in den Kampfgebieten von den Guerillaverbänden isolieren will. Vor Vertretern der Missionsgesellschaft der schwedischen Kirche erklärte der schwarze Nationalistenführer *Robert Mugabe* in Stockholm, seine Organisation bedauere den Tod von Missionaren. Seine Männer würden so etwas nicht tun. Denn was nütze es, die Missionare zu töten, die die Kinder der Schwarzen erziehen? Er meinte, die Angriffe auf Missionsstationen gingen auf das Konto der „Selous Scouts“, einer Spezialeinheit der rhodesischen Streitkräfte. Mugabe lobt die Erziehungsarbeit der Missionare, meinte aber, sie solle sich noch entschiedener gegen die Rassentrennung stellen als bisher. Rhodesien brauche eine Gesellschaft ohne Rassenschranken, wo der Mensch als Mensch und nicht als Schwarzer oder Weißer geschätzt werde.

Personen und Ereignisse

Weil er „weiteren Schaden“ im Verhältnis der SPD zur katholischen Kirche abwenden wolle, schrieb der Bundesgeschäftsführer der SPD, *Egon Bahr*, einen entschuldigenden Brief an Kardinal *Josef Ratzinger*, nachdem dieser wegen einer Bemerkung über utopische Freiheits- und Machbarkeitsideologien und deren Zusammenhang mit dem Terrorismus in einem Beitrag zum CDU-Grundsatzprogramm im „Vorwärts“ scharf angegriffen worden war. Der Chefredakteur des „Vorwärts“, *Friedhelm März*, hatte die Bemerkung Ratzingers als dessen Urteil über die SPD hingestellt. Bahr entschuldigte sich für die Partei und für den „Vorwärts“, da eindeutig feststehe, daß die betreffende Bemerkung des Kardinals in keiner Weise auf die SPD bezogen war. Bahr nahm die Entschuldigung zum Anlaß, um „herzlich“ einen Dialog über die Grundwerte anzubieten.

Auf den besonderen Stellenwert der personellen Entwicklungshilfe hat der Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, *Friedrich Kronenberg*, hingewiesen. Im Namen der katholischen Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e. V. (AGEH), deren Vorstandsvorsitzender er ist, erklärte Kronenberg, für die Zukunft sei es wichtig, die Beziehungen zwischen der Kirche in Europa und den Kirchen in Übersee qualitativ zu verbessern. Während in der Dritten Welt die betroffenen Menschen für den Gedanken der Entwicklung und für konkrete Projekte gewonnen werden müßten, sei in der Bundesrepublik eine verstärkte Bewußtseinsbildung erforderlich.

Um mehr Verständnis für die in Deutschland lebenden Ausländer hat der Apostolische Nuntius in Bonn, Erzbischof *Guido Del Mestri*, die einheimische Bevölkerung in der Bundesrepublik gebeten. Beim „Tag des ausländischen Mitarbeiters“ appellierte Del Mestri gleichzeitig an die Ausländer, sich

ihrerseits stärker am kulturellen und religiösen Leben in Deutschland zu beteiligen.

Der Berliner Generalvikar *Johannes Tobei* hat den evangelischen Altbischof *Kurt Scharf* gegen Kritiken aus dem katholischen Bereich wegen dessen Verhalten gegenüber dem Terrorismus in Schutz genommen. In einem Artikel, der auch im Berliner „Petrusblatt“ erschien, hatte der Schriftleiter der Hildesheimer Kirchenzeitung, Pfarrer Henze, im Blick auf die Terrorismusdiskussion Scharf „Unbussfertigkeit“ und „Nebelwerferei“ vorgeworfen. Scharf, so der Kirchenzeitungskommentar, hätte darüber nachdenken sollen, ob nicht „sein betuliches Gerede über die idealistischen Motive der Terroristen“ zum Nährboden des Terrorismus gehöre. Demgegenüber stellte Generalvikar Tobei fest, bei aller unterschiedlicher Beurteilung und Bewertung politischer Vorgänge und Fakten sei er davon überzeugt, daß sich Scharf „aus seiner Verantwortung als Christ mit großem persönlichem Engagement und lauterer Gesinnung den Problemen unserer Zeit zu stellen versucht“.

Einen Verzicht aller Beschäftigten in der Bundesrepublik auf reale Lohn- und Gehaltserhöhung im Jahre 1978 empfahl auf einer diakonischen Konferenz der EKD in Bielefeld-Bethel der Präsident des Diakonischen Werkes, *Theodor Schober*. Alle öffentlichen Haushalte sowie die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter wie Kirchen und Gewerkschaften sollten verpflichtet werden oder sich freiwillig verpflichten, die durch den Gehaltserhöhungsverzicht eingesparten Gelder für zusätzliche Einstellung von Arbeitslosen, für Investitionen oder erweiternde Ausbildungsmaßnahmen zu verwenden. Alle Unternehmen sollten nach Meinung Schobers tarifvertraglich darauf festgelegt werden, ihre Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen um den

eingesparten Betrag zu erhöhen oder zusätzlich Personal einzustellen.

Über wachsenden Druck des Staatsatheismus in Jugoslawien klagte Mitte Oktober in einem Interview mit dem schwedischen Fernsehen der Erzbischof von Zagreb, *Franjo Kuharic*. Auf der einen Seite gäbe es den „Staatsglauben“, der das alleinige Recht auf Öffentlichkeit habe und für alle Bürger verbindlich sein soll, auf der anderen Seite aber Millionen Gläubige, die wüßten, warum sie glauben, diesen Glauben aber nicht in der Öffentlichkeit, sondern nur in den Kirchenräumen bekennen dürfen. Kuharic hob vor allem die Benachteiligung der Christen im Bildungssystem Jugoslawiens hervor: Von der Volksschule bis zur Universität sei der Marxismus als amtliche Wissenschaft Vorbild, die Kirche bleibe aus diesem Raum völlig verdrängt. Bei der atheistischen Indoktrination gingen kommunistische Lehrer in Schule und Erziehung so weit, „daß sie die Kinder bedrohen, erniedrigen und beleidigen“.

Religion müsse vorläufig noch als natürlich hingenommen werden, sei jedoch auf Dauer zum Absterben verurteilt. Dies erklärte der ungarische Staatssekretär für Kirchenfragen *Imre Miklos* in einem Interview mit der ungarischen Tageszeitung „Magyar Hirlap“. Wenn sich die Kirchen „ausnahmslos loyal“ verhielten, könnten sie möglicherweise ihre Existenz verlängern. Ihre Mitarbeit werde gewünscht, enthalte jedoch für die Regierung kein ideologisches Zugeständnis. Im übrigen sei das Absterben der Religion keine Voraussetzung des Kommunismus, sondern das Ergebnis seines Sieges.

Beilagenhinweis: *Dieser Ausgabe liegen je ein Prospekt des Patmos-Verlages, Düsseldorf, des Elite-Verlages Ernst Heyer, Essen, und des Verlages Herder, Freiburg, bei.*